

SVP INTERNATIONAL

Postfach 8252, CH-3001 Bern

Tel +41 31 300 58 58

Fax +41 31 300 58 59

Email: info@svp-international.ch

Internet: <http://www.svp-international.ch>



Newsletter SVP International

Ausgabe vom Februar 2008

Editorial: Die SVP International und die neue Ausgangslage

Am 12. Dezember 2007 wählte die Vereinigte Bundesversammlung Bundesrat Christoph Blocher ab und ersetzte ihn durch eine Vertreterin der Bündner SVP, welche in praktisch allen politischen Anliegen eine andere Meinung als die SVP Schweiz vertritt. Frau Widmer-Schlumpf sprach sich für den UNO-Beitritt, den EWR-Beitritt, die Personenfreizügigkeit, die Schengen/Dublin-Abkommen, jedoch gegen die SVP-Ausschaffungsinitiative, gegen die SVP Initiative für demokratische Einbürgerungen sowie gegen die Anti-Minarettinitiative aus. Damit ist klar: **Das SVP-Gedankengut, mit welchem wir die eidgenössischen Wahlen 2007 gewannen, wurde aus dem Bundesrat verbannt.** Der Schritt in die Opposition ist die einzig konsequente Massnahme in dieser Situation.

Die SVP wird in der Opposition dieselbe Politik betreiben, wie als Regierungspartei, ist jedoch nicht mehr dem Bundesrat verpflichtet. Das heisst, wir werden alle Geschäfte, welche der Bundesrat verabschiedet, noch genauer unter die Lupe nehmen und gegebenenfalls bekämpfen – wenn nötig mittels Referenden oder Volksinitiativen.

Auch für die SVP International wird sich inhaltlich nicht viel ändern. Wir stehen weiterhin für eine weltoffene, aber traditions-

bewusste und souveräne Schweiz ein. Daneben möchten wir die Verbindung zwischen den Auslandschweizern und unserem Parlament stärken, damit der Fünften Schweiz fortan eine wichtigere Rolle zukommt. Um dies zu erreichen, möchten wir auch die Zusammenarbeit zwischen der SVP International und der Auslandschweizerorganisation (ASO) verstärken. Aus diesem Grund werde ich in der April-Sitzung des Auslandschweizerrates die Kandidatur von **Nationalrat Hans Kaufmann als Vertreter der SVP im Vorstand der ASO** einreichen. Es ist endlich an der Zeit, dass die wählerstärkste Partei im Vorstand der ASO Einsitz nimmt.

Opposition heisst damit nicht ständiges, unüberlegtes Nein-Sagen, sondern aktives, konsequentes, und eigenständiges Kämpfen für unsere politische Einstellung und die Zukunft der Schweiz.

Wir hoffen, dabei auf Ihre Unterstützung zählen zu dürfen.

Rolf B. Schudel, Johannesburg (SA)
Präsident SVP International

SVP will EU-Attacken einen Riegel schieben

Seit vielen Monaten macht die Europäische Union Druck auf die Schweiz. Zahlreiche EU-Länder stören sich daran, dass die Schweiz für Unternehmungen steuerlich attraktive Rahmenbedingungen bietet und einzelne Kantone gar zu den begehrtesten Standorten in ganz Europa gehören. Nach Ansicht der EU muss die Schweiz ihre Steuergesetze anpassen. Die Begründung: Tiefe Steuern seien mit staatlichen Subventionen gleichzusetzen – und dies sei laut Freihandelsabkommen verboten. Eine absurde Argumentation.

Obwohl die Begründung der EU für deren Steuerforderungen völlig absurd ist, wehrt sich der schweizerische Bundesrat viel zu wenig gegen die unsäglichen Drohungen der Nachbarländer. Seit Monaten weist die SVP auf diesen Missstand hin. Im Februar 2007 präsentierte sie hierzu ein Positionspapier und einen Massnahmenkatalog. Am 1. Februar 2008 nahm die SVP noch einmal Stellung zur unrühmlichen Aussenpolitik der Schweizer Regierung.

Wahlresultate geben der SVP Recht

Die Wahlresultate vom Oktober 2007 waren deutlich: Mit grossem Abstand wurde die SVP als wählerstärkste Partei bestätigt. Damit votierten die Stimmbürger auch für die Aussenpolitik der SVP: Die Stimmbürger wollen eine unabhängige und neutrale Schweiz. Eine Schweiz auch, welche selbstbewusst und clever auf der Weltbühne auftritt.

Der Bundesrat macht derzeit genau das Gegenteil: Er verhandelt mit der EU und anderen Organisationen über Dossiers, bei welchen die Schweiz gar keine substantiellen Interessen hat. Umgekehrt macht er in Bereichen, die für die Schweiz entscheidend sind, kaum Druck. Die SVP hat die Landesregierung darum nachdrücklich aufgefordert, im Steuerstreit Klartext zu reden: Gibt die EU keine verbindliche Verpflichtung ab, die Souveränität der Schweiz nicht weiter zu attackieren, darf die Schweiz der erweiterten Personenfreizügigkeit nicht zustimmen. Die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien ist nämlich für

die EU von grossem Interesse, für die Schweiz aber von geringer Bedeutung.

Bundesrat: Weg des geringsten Widerstands

Der Bundesrat, aber auch die Regierungsparteien SP, FDP und CVP, haben einmal mehr den Weg des geringsten Widerstands gewählt. Weitere von der EU gewünschte bilaterale Abkommen sollen abgeschlossen und sogar noch ein Rahmenabkommen ins Auge gefasst werden.

Die EU-Attacken auf unser Steuersystem dagegen werden mit keinem Mucks kommentiert. Dass unser Land Gefahr läuft, in ein enormes Desaster hineinzuschlittern, scheint die Regierung offensichtlich nicht zu kümmern. Dabei sind die Nörgeleien der EU an der schweizerischen Steuergesetzgebung nichts weniger als ein direkter Angriff auf unserer Souveränität. Die Attacken sind unberechtigt: Kein Land hat das Recht, von einem anderen die Änderung von Gesetzen zu verlangen, nur weil es sich in einem Wettbewerbsnachteil wähnt. Die SVP verwarft sich gegen solche Kanonenbootdiplomatie. Die Partei fordert darum:

- Eine unwiderrufliche, verbindliche Verpflichtung der EU, die schweizerische Souveränität (auch im Steuerbereich) nicht weiter in Frage zu stellen
- Eine Verknüpfung der Steuerfrage mit der Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien: Leistet die EU keine Erklärung, ergreift die SVP das Referendum gegen die Erweiterung.
- Keine Verhandlungen, „konstruktiven Dialoge“ oder anderweitige Gespräche über unsere Steuersouveränität

Einmal mehr verteidigt die SVP also als einzige Partei die schweizerische Souveränität und Unabhängigkeit ohne Wenn und Aber. Zur Klärung der Fragen um den Steuerstreit verlangt die SVP eine dringliche Debatte in der Frühjahrssession der eidgenössischen Räte.

Gregor A. Rutz

Generalsekretär SVP Schweiz
Geschäftsführer SVP International

Volksinitiative „Gegen Kampffjetlärm in Tourismusgebieten:

Sicherheit geht vor

Mit der Volksinitiative „gegen Kampffjetlärm in Tourismusgebieten“ wollen die Initianten rund um den Hotelier und Umweltaktivisten Franz Weber Übungen von Kampfflugzeugen in „touristisch genutzten Erholungsgebieten“ unterbinden. Was an sich sympathisch daher kommt, erweist sich bei näherer Betrachtung als Vorlage zur faktischen Abschaffung der Schweizer Luftwaffe. Die Initiative gefährdet die Sicherheit der Schweiz und ist deshalb klar abzulehnen.

Die Luftwaffe sichert und überwacht täglich den Luftraum über der Schweiz und fliegt - z.B. während des World Economic Forum - auch in Friedenszeiten Einsätze vor einem durchaus realen Bedrohungshintergrund. Um dazu jederzeit in der Lage zu sein, ist sie auf gute und glaubwürdige Trainingsbedingungen angewiesen.

Tourismus als fadenscheiniges Argument

Die Initiative gibt vor, insbesondere die Lebensqualität in den Tourismusgebieten schützen zu wollen und das Abwandern von Touristen aus dem Alpenraum zu verhindern. Doch der räumliche Geltungsbereich der Initiative ist derart unklar – praktisch die ganze Schweiz wird touristisch genutzt –, dass bei einer grosszügigen Auslegung des Initiativtextes Trainingsflüge der Luftwaffe in der Schweiz künftig gänzlich verboten wären.

Die Argumente der Initianten sind bei näherer Betrachtung denn auch nicht so uneigennützig wie sie auf den ersten Blick scheinen. Die „Fondation Franz Weber“ hat mit der Initiative wohl in erster Linie den Schutz und die Werterhaltung des eigenen Grandhotel Giessbach am Brienzensee im Visier. Dieses liegt in unmittelbarer Nähe zum Flugplatz Meiringen und ist somit direkt von den Auswirkungen der Trainingsflüge betroffen. Der Konflikt zwischen Sicherheit, Komfort und wirtschaftlichen Interessen ist dabei offensichtlich, wobei sich auch bei der zivilen Luftfahrt in verschiedenen Gebieten – man denke nur

an die Anrainer des Flughafens Zürich-Kloten – Interessenkonflikte ergeben. Die Abschaffung der zivilen Luftfahrt wird dabei aber von kaum jemandem ernsthaft gefordert.

Jeden Tag Ernstfall

Mit einem Ja zur Initiative könnte die Luftwaffe ihre Einsatzbereitschaft nicht mehr aufrecht erhalten. Bereits heute findet die Mehrheit der Flüge übrigens in Simulatoren statt. Einzelne Trainingseinheiten wie Nacht- und Tiefflugübungen müssen aus Lärmschutzgründen bereits jetzt zu enormen Kosten im Ausland abgehalten werden. Sämtliche Trainings im Simulator durchzuführen oder ins Ausland zu verschieben, ist aber weder möglich noch sinnvoll. Letztlich geht es im Ernstfall um die Verteidigung des besonderen Schweizer Luftraums, der geprägt ist durch Gebirge, Hügel und Täler. Ein Einsatz in diesem Gebiet lässt sich nur hier realistisch üben und nicht in Sardinien oder in Norwegen.

Militärisch ist klar: im Fall eines bewaffneten Konflikts kann ein wirksamer Schutz des Landes nur mit der Verteidigung des Luftraums erfolgreich sein. Und im Luftpolizeidienst ist jeder Tag ein Ernstfall. Dies wird zum Beispiel in vier Monaten während der Euro 08 wieder ausgeprägt der Fall sein, wenn besondere Anforderungen an die Sicherheit zu erfüllen sind und die Schweiz auch diesbezüglich im Schaufenster der Weltöffentlichkeit stehen wird.

Sicherheit gibt es nicht zum Nulltarif

Die Luftwaffe dient zur Sicherung der Unabhängigkeit und Neutralität unseres Landes. Nur sie garantiert eine starke Landesverteidigung. Und Sicherheit ist nicht zum halben Preis zu haben. Nur ein bisschen Sicherheit gibt es nicht. Die Garantie von Sicherheit ist eine Grundaufgabe des Staates und wird von den Bürgerinnen und Bürgern zurecht eingefordert. Dass dieser Nutzen für die Allgemeinheit nicht zum Nulltarif zu haben ist, versteht sich von selbst. Das ist etwa so wie beim Mobilfunk: Jeder will mobil telefonieren können, doch niemand wünscht eine Mobilfunkantenne in seiner Umgebung.

Lärmschutz vernünftig umsetzen

Die berechtigten Anliegen der Bevölkerung im Umfeld der Militärflugplätze müs-

sen mit anderen Massnahmen als mit dieser übertriebenen Initiative berücksichtigt werden. Neben der bereits erwähnten Verlegung von Flügen in den Simulator oder ins Ausland können sinnvolle Stationierungskonzepte, restriktive Flugbetriebszeiten, sowie optimierte Start- und Landeverfahren Verbesserungen bringen. Die verbleibenden Lärmauswirkungen in der direkten Nachbarschaft der drei Militärflugplätze sind der Preis für die Sicherheit der Schweiz, für die unsere Luftwaffe täglich sorgt. Das hat letztlich insofern etwas mit Tourismus zu tun, als dass dieser in besonderem Ausmass auf die Sicherheit und die Stabilität eines Landes angewiesen ist.

Deshalb muss am 24. Februar 2008 mit einem deutlichen Nein zur Initiative Weber der Kahlschlag der Schweizer Luftwaffe verhindert werden.

Martin Baltisser

Vorstandsmitglied SVP International

**Eidg. Abstimmung vom
24. Februar 2008 –
Parolen der SVP:**

**Volksinitiative gegen Kampfjet-
lärm in Tourismusgebieten (We-
ber-Initiative): NEIN**

Unternehmenssteuerreform II: JA

Weitere Informationen zu den beiden eidgenössischen Abstimmungsvorlagen finden Sie unter:

www.kmu-steuerreform.ch

www.sicherer-luftraum.ch

Staatliche Fonds oder die Angst vor den „roten Heuschrecken“

Nicht nur die UBS und die Swiss Re, sondern vorab auch US-Finanzinstitute, haben in den letzten Wochen infolge der **Subprime-Hypothekenkrise** im Kreditgeschäft **Verluste von insgesamt gegen USD 140 Mrd.** bekannt gegeben. Auch wenn die meisten der betroffenen Finanzinstitute diese Verluste längerfristig aus eigener Kraft bewältigen könnten, riskieren sie dennoch eine Herabstufung ihrer Kreditbonität. Damit würden die künftigen Wachstumsmöglichkeiten spürbar eingeschränkt. **Um das Vertrauen der Kundschaft zu wahren, ist eine rasche Wiederaufstockung der verlorenen Eigenmittel notwendig.**

Im heutigen Marktumfeld sind Eigenmitelaufstockungen via Aktienemissionen an Publikumsaktionäre schwierig, weil zu viele Banken und Versicherungen frisches Risikokapital suchen und die Zeit drängt. Deshalb hielten die grossen Finanzhäuser nach anderen Finanzquellen Ausschau und sie wurden bei staatlichen Fonds, so genannten Sovereign Wealth Funds (SWF), in Fernost (Singapur und China) und im Mittleren Osten fündig. Vor allem für die reichen Erdölländer, die bisher hohe Beträge in US-Staatsanleihen angelegt hatten, sind solche Investitionen eine willkommene Diversifikationsmöglichkeit, zumal ihr Anlagebedarf in den nächsten Jahren bei anhaltend hohem Erdölpreis noch beträchtlich zunehmen wird. **Staatsfonds aus Russland, China, Kuwait, Singapur, den Emiraten und Norwegen haben in der jüngsten Vergangenheit rund USD 60 Mrd. in krisengeschüttelte westliche Banken investiert.** Obwohl dieser Betrag hoch erscheint, stellt diese Summe nur einen Bruchteil der SWF-Vermögen dar. Diese belaufen sich derzeit auf rund USD 2'500 bis 3'000 Mrd., wovon etwa 70% auf 5 Länder entfallen. Diese Vermögen dürften in den nächsten 10 Jahren auf USD 15'000 bis 20'000 Mrd. anwachsen.

Während China und Singapur Exportüberschüsse von über USD 300 bzw. 40 Mrd. pro Jahr erzielen, beläuft sich der **jährliche Wert der Erdölexporte der OPEC-Staaten und Norwegens bei einem Erd-**

ölpreis von USD 90 pro Fass auf rund USD 1200 Mrd. Die pro Jahr neu für Investitionen verfügbaren Mittel von über USD 1'000 Mrd. entsprechen etwa der gesamten Börsenkapitalisierung der Schweiz per Ende 2007 von rund USD 1'050 Mrd. (Wert aller börsenkotierten Unternehmen) oder dem jährlichen Emissionsvolumen aller inländischen Staatsanleihen (2006: USD 1'165 Mrd.) weltweit.

Mit Ausnahme von China und Russland handelt es sich um **Staatsfonds kleiner Länder**, die ihre Exportüberschüsse derzeit nur bruchteilig im eigenen Land investieren können. Sie dürften auch personell kaum in der Lage sein, die Gesellschaften, an denen sie sich beteiligen, vollständig zu übernehmen und zu managen. Deshalb gilt es **zwischen Staatsfonds von kleinen Ländern, die nach dem Versiegen ihrer Erdölquellen wohl teilweise aus den Erträgen dieser Kapitalanlagen leben möchten, und den Grossanlegern auch China und Russland, zu differenzieren.** Letzteren traut man zu, dass sie eines Tages in die Geschäftspolitik von Schweizer Unternehmen eingreifen werden, um Arbeitsplätze wie Know-how aus der Schweiz in ihre Länder abzuziehen. Im Finanzsektor befürchtet man die Übernahme der Kontrolle über wichtige Infrastruktureinrichtungen. Deshalb erstaut der aufkeimende Protektionismus in der Schweiz und in der EU nicht. Auch US-Präsident Bush hat das US-Finanzdepartement im Spätherbst 2007 damit beauftragt, die Akquisition von US-Firmen durch ausländische Investoren neu zu regeln.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass der **Westen die sich verstärkende wirtschaftliche Machtverschiebung von den traditionellen Industrieländern in die Emerging Markets nicht akzeptieren will und deshalb versucht, diese auf gesetzlichem Wege zu blockieren.** Diskriminierungsgesetze provozieren jedoch Retourkutschen, wovon die Schweiz, als einer der grössten Investoren weltweit, besonders stark betroffen würde.

Vielen Schweizerinnen und Schweizern ist nicht bekannt, dass **bereits heute 40,5% (Ende 2006) der kotierten Schweizer Aktien in ausländischem Besitz** sind.

Dies entspricht immerhin einem Betrag von CHF 600 Mrd. und übersteigt damit die Pensionskassenvermögen der Schweiz, die sich per Ende 2006 auf CHF 581 Mrd. beliefen, wovon wiederum CHF 70 Mrd. auf Schweizer Aktien entfielen. Angesichts dieser Dimensionen erscheint eine Übernahme der angekündigten UBS-Kapitalerhöhung (CHF 13 Mrd. Zwangswandelanleihe) aus „Heimatschutzgründen“ durch Schweizer Pensionskassen anstelle des Staatsfonds aus Singapur illusorisch. Dass Grossengagements zudem nicht unproblematisch sind, zeigten die bisherigen Engagements der Staatsfonds an westlichen Finanzinstituten. Die fortgesetzte **Kurserosion am Aktienmarkt führte zu milliardenschweren Wertenbussen zwischen 18% und 40% der Investitionssummen.**

Während Beteiligungsnahmen an Industrieunternehmen durchaus problematisch sein können, besteht bei einer Beteiligung ausländischer Staatsfonds an Schweizer Banken kein Grund zur Panik. Das Bankengesetz (Art. 3 Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen) schränkt unerwünschte Beteiligungsnahmen im Finanzsektor nämlich stark ein: Jede natürliche oder juristische Person hat der Bankenkommission Meldung zu erstatten, bevor sie direkt oder indirekt eine qualifizierte Beteiligung an einer nach schweizerischem Recht organisierten Bank erwirbt oder veräussert und eine Betriebsbewilligung kann verweigert werden, wenn die natürlichen und juristischen Personen, welche direkt oder indirekt mit mindestens 10% des Kapitals oder der Stimmen an der Bank beteiligt sind oder deren Geschäftstätigkeit auf andere Weise massgebend beeinflussen können, nicht gewährleisten, dass sich ihr Einfluss nicht zum Schaden einer umsichtigen und soliden Geschäftstätigkeit auswirkt.

Hans Kaufmann, Nationalrat
Vorstandsmitglied SVP International

Parlamentswahlen 2007: Rückblick und Erkenntnisse

Als stimm- und wahlberechtigter Auslandschweizer und Mitglied der SVP International kandidierte ich zusammen mit unserem Parteipräsidenten Rolf Schudel im Kanton Schaffhausen für den Nationalrat. Schon 2003 hatte die SVP International im Kanton Baselland eine Liste mit sieben Auslandschweizern. Rolf Schudel und ich kandidierten damals ebenfalls auf dieser Liste. Seit vielen Jahren ist die Auslandschweizer Organisation bestrebt, dass die Auslandschweizer einen eigenen Vertreter im Nationalrat haben sollten. Sie versuchte deshalb in Aufrufen, Auslandschweizer für eine Kandidatur zu animieren. Bis wenige Monate vor den Wahlen folgte diesem Aufruf nur die SVP International. Die SP hatte keine Kandidaten. Insgesamt kandidierten schliesslich 45 Auslandschweizer, davon 33 auf Listen der SVP International! Leider schaffte niemand den Sprung ins Parlament. Zu vielseitig sind die Hürden. So wie wir dies im Grenzkanton Schaffhausen erfahren mussten. Die Partei- und Wahlkampfleitung der SVP Schaffhausen begrüßte unsere Kandidatur und unterstützte uns nach ihren Möglichkeiten. Doch in erster Linie waren sie ihren eigenen Kandidaten verpflichtet.

Hürde 1: Wahlvorschlag

Jede Kandidatur ist mit einem beglaubigten Wahlvorschlag und zusätzlichen 300 Unterschriften an den Kanton einzureichen. Dies wurde vom Wahlkampfleiter der SVP SH erledigt.

Hürde 2: Akzeptanz

Obwohl wir mit der SVP SH eine Listenverbindung hatten, betrachteten uns die Hauptkandidaten als Gegner. So wollten sie uns bei der Pressevorstellung nicht dabei haben. Damit wir trotzdem teilnehmen konnten, war grosse Überzeugungsarbeit unsererseits notwendig. Es wurde befürchtet, dass sich die Medien nur für uns Auslandschweizer interessieren würden und die Hauptkandidaten im Hintergrund stehen müssten.

Hürde 3: Support der Medien

Von den lokalen Medien erhielten wir nur teilweise Unterstützung. Einige Journalisten hatten kein Verständnis dafür, dass

Auslandschweizer für das Parlament kandidieren. Um an Veranstaltungen von Presse, Radio und Fernsehen teilnehmen zu können, mussten wir uns jeweils selber stark bemühen. Grossartige Unterstützung erhielten wir von swissinfo. Interviews und Videos konnten im Internet eingesehen werden.

Hürde 4: „Volksvertretung“

Die Wähler wollen durch einheimische Kandidaten im Parlament vertreten sein und nicht durch im Ausland lebende Personen.

Hürde 5: Helfer

Um einen Wahlkampf zu bestreiten braucht es ein Team von Helfern. (Plakate aufstellen und betreuen, Leserbriefe schreiben etc.) Dies hatten wir nicht. Für Standaktionen konnten wir uns jedoch der SVP SH anschliessen.

Hürde 6: Finanzen und Zeitaufwand

Für den Wahlkampf ist es notwendig, bei allen wichtigen Veranstaltungen vor Ort zu sein. Für mich bedeutete dies, mit dem Auto zwischen England und der Schweiz hin und her zu pendeln. Mit der Beschaffung von Werbematerial und Zeitungsinserten waren wir aus finanziellen Gründen sehr eingeschränkt. Die SVP SH griff uns dafür mit einem finanziellen Zustupf unter die Arme.

Hindernisse überwinden

Die 165'000 Stimm- und Wahlberechtigten Auslandschweizer sollten für die Nationalratswahlen eine eigene Gruppe bilden. Damit könnten sie ihre eigenen Kandidaten wählen. Eigene Sitze im Parlament haben heisst Mitspracherecht und direkte Einflussnahme. Die Auslandschweizer haben das Recht, an Abstimmungen und Wahlen teilzunehmen, aber eine eigene Vertretung im Parlament ist ihnen aus bekannten Gründen verwehrt.

Wir sind auf die Hilfe und Unterstützung durch unsere Nationalräte angewiesen. Wir müssen sie für eine entsprechende Verfassungsänderung gewinnen.

Ziel

Meine Kandidatur diene einzig und allein dem seit langem angestrebten Ziel, dass die Auslandschweizer im Nationalrat einen oder mehrere Sitze erhalten sollen.

Dazu muss man uns aber in der Bevölkerung wahrnehmen und von uns sprechen. Die Bevölkerung muss unser Problem erkennen. Das, so glaube ich, ist uns gelungen. Nun müssen wir aber am Ball bleiben, denn der Mensch vergisst schnell. Wer nichts unternimmt, bewegt auch nichts. Wir wollen nicht für immer und ewig als Steigbügelhalter für die Hauptkandidaten da sein. Das kann es nicht sein und macht auch keinen Sinn. Die kommenden vier Jahre bis zur nächsten Wahl dürfen wir nicht tatenlos verstreichen lassen.

Edgar Studer Finchampstead, England
SVP International Mitglied

Die Belohnung für die unechten Balkan-Flüchtlinge

Die Probleme mit den Balkan-Flüchtlingen und die daraus entstandenen finanziellen Schäden sind uns allen bestens bekannt: IV- und Sozialmissbrauch, steigende Kriminalität, hohe Gerichts- und Gefängnis-kosten und vieles mehr, alles zu Lasten des Steuerzahlers.

Aber was nun passiert, übertrifft alles bisher da gewesene. Zuerst erschlichen sie sich unter Vortäuschung falscher Tatsachen die Einreise als Kriegsflüchtlinge in die Schweiz. Und nun erhalten sie als Belohnung den Schweizerpass.

Dies alles war nur möglich mit der Rot-Grünen Regierung.

Es gab keine Abklärungen von wo, wieso, und wie lange diese „Flüchtlinge“ kommen würden. Tag der offenen Tür war angesagt, und dies oft auch für jene, die nie Krieg im eigenen Land hatten. Jene welche mit Drohungen, Erpressungen und Gewaltsäen die Rangliste anführen. Jene, die heute fast ausschliesslich unsere Gerichte beschäftigen. Diese „Flüchtlinge“ erhalten nun zu Tausenden zur Belohnung einen Schweizerpass und das Wahlrecht. Unter dem Motto: zur Nachahmung empfohlen.

Wir ehrlichen Schweizer, sind am Schluss die grössten Deppen. Ehrlich wehrt am längsten, und mit dem Hut in der Hand

kommt man durch das ganze Land – alles Tugenden die zum Erfolg unseres Wohlstands und Ansehen im Ausland führten. Der beste Beweis bringen zurzeit wieder unsere Wintersportorte, wo sich alles was Rang und Namen hat, die Türklinke in Hand gibt. Weil sie sich in unserem Land sicher fühlen – jetzt noch.

Denn seit 1991 gelten unsere Tugenden nur noch wenig. Mit der Knarre im Sack, geht es ruck zuck, zack zack – krimineller geht schneller. Wie lange geht es wohl noch, bis in der Schweiz dieselben Zustände herrschen, wie in den Ostblockstaaten – gezeichnet von Korruption, Kriminalität und Willkür bei den Richtern?

Karl Bachmann, Kroatien
SVP International Mitglied

Leserbrief auf den Artikel „Flüchtlinge aus dem Balkan?“

Ich bin gleicher Meinung wie Karl Bachmann aus Kroatien. Es gibt keine Flüchtlinge mehr aus dem Balkan und hat sie nie gegeben. Die meisten Flüchtlinge aus Ex-Jugoslawien waren und sind Wirtschaftsflüchtlinge.

Ich war immer der Meinung, die Menschen in Ex-Jugoslawien sollten ihre Probleme selber lösen. Seit 1990 haben sich schweizerische und europäische Multikulti-Sozialarbeiter diesen politischen Problemen angenommen. Der Balkan ist nicht Europa. Dieses hört für mich bei der Oder/Neiss Grenze auf. Danach beginnt der Osten mit einer eigenen Kultur und politischen Landschaft.

Heute ist Westeuropa mit Leuten aus Ex-Jugoslawien beinahe überflutet. Die Schweiz hat mit ihren 40'000 km² (wovon ein Drittel Alpen sind) prozentual den grössten Anteil dieser Wirtschaftsflüchtlinge aufgenommen.

Im Jahre 1990 hatte ich schon davor gewarnt. Ich wurde ausgelacht und anonym beschimpft. Heute hat die Schweiz die Folgen zu tragen.

Über 70% der Kriminellen in Schweizer Strafanstalten sind Ausländer, wovon ca. 45 % aus dem ehemaligen Jugoslawien

stammen. Die einzigen "Vorteile" dieser "unkontrollierten" Invasion: Neue Staatsbürger, die ihre Familien aus Ex-Jugoslawien nachziehen, und neue Sozialarbeiter-Jobs. Die Schule für soziale Arbeit in Zürich kann zurzeit aufgrund des grossen Andrangs keine Studenten mehr aufnehmen.

Die Probleme an den Schulen, Integration, neue Religionen müssen aus Sicht der Linken in die schweizerische Landschaft integriert werden. Hierfür brauchen wir anscheinend auch mehr Platz für Moscheen und muslimische Friedhöfe.

"La Suisse n'existe plus" stand in Sevilla auf dem Schweizer Pavillon anlässlich der Weltausstellung 1992. Alle haben über diesen Spruch gelacht... Mittlerweile sind wir 16 Jahre älter und der Spruch beginnt Wahrheit zu werden...

Claude Buhler, Sarasota, FL (USA)
SVP International Mitglied

VARIA:

Die **SVP International** kann ab der nächsten **Delegiertenversammlung der SVP Schweiz neun Delegierte stellen**. Wir haben somit neun offizielle Delegierte bestimmt, die dann jedoch, falls sie nicht teilnehmen könnten, ihre Delegiertenkarten an zurzeit anwesende SVP International Mitglieder abgeben werden. Dabei handelt es sich um:

Rolf Schudel (Präsident, Südafrika)
Peter Simon Kaul (Deutschland)
Karl Bachmann (Kroatien)
Rinaldo Bucher (USA)
Edgar Studer (Grossbritannien)
Werner Furrer (Fürstentum Lichtenstein)
Jürg Neuhaus (Saudi Arabien)
Urs Grassi (Vietnam)
Hans Peter Bieri (Ägypten)
Inge Schütz (CH)

Da die meisten Delegierten im Ausland wohnen, werden oft noch einige Delegiertenkarten erhältlich sein.

Die SVP-Delegiertenversammlungen 2008 finden statt am:

1. März 2008 / 5. April 2008
5. Juli 2008 / 4. Oktober 2008

Falls Sie an einem dieser Termine in der Schweiz sind und Interesse an einer DV-Teilnahme haben, können Sie sich gerne **bei uns melden**. Wir werden Ihnen dann mitteilen, ob noch eine Delegiertenkarte frei ist. Das Ziel ist es, die neun Delegiertenplätze der SVP International möglichst immer vollständig auslasten zu können.